

Erwartungen an eine Arbeitnehmerpartei

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 24 vom 29. Januar 2020

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Untersuchungsdaten

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 24 vom 29. Januar 2020, S.8,
unter dem Titel:

"Zu enger Fokus der SPD. Die Bürger vermissen
Leistungs- und Zukunftsorientierung."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Eindruck von Zerstrittenheit zwar abgeschwächt, aber dominierend
	A	2	Weite Potentiale
	A	3	Brauchen wir die SPD? Die Grünen?
	A	4	Auch in Ostdeutschland gilt die AfD nur für wenige als Volkspartei
	A	5	Personengruppen, für die sich die SPD besonders einsetzt
	A	6	Rentenansprüche und Bedürftigkeitsprüfung
	A	7	Innere Sicherheit ist wichtiges Thema für die Anhänger
	A	8	Eigenschaftsprofil der SPD
	A	9	Zukunftskompetenz der Parteien
		B	1
Schaubild		1	Notwendige Sozialdemokraten
		2	Volksparteien: aus Sicht der Bürger nach wie vor CDU/CSU und SPD
		3	Für eine Stärkung der SPD
		4	Erholungschancen
		5	Die Agenda der SPD - Kluft zwischen Erwartungen und Wahrnehmung
		6	Für Differenzierung nach Leistung

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

**Erwartungen an eine
Arbeitnehmerpartei**
(alternativ: **Zu enger Fokus**)

**Die Bürger vermissen bei der SPD
Leistungs- und Zukunftsorientierung**

Die Hoffnung von Teilen der SPD, durch die basisdemokratische und langwierige Entscheidung über ihre neue Führungsspitze Rückenwind zu bekommen, hat sich nicht erfüllt. Zwar bildet sich bei den Bürgern allmählich der Eindruck einer heillos zerstrittenen Partei zurück; im September waren davon noch 62 Prozent überzeugt, aktuell noch 54 Prozent. Als wirklich geschlossene und handlungsfähige politische Formation werden die Sozialdemokraten jedoch nur von 13 Prozent empfunden, und auch nur von 36 Prozent ihrer eigenen Anhänger.

Tabelle A 1

Die Zweitstimmenwahlabsichten zugunsten der SPD stagnieren bei 14 Prozent. Ihr Potential ist größer, aber dennoch zurzeit auf dem niedrigsten Stand der letzten Jahrzehnte: für 20 Prozent der Wahlberechtigten kommt die SPD bei der nächsten Bundestagswahl grundsätzlich in Frage. In den letzten Jahrzehnten lag ihr weites Potential meist über 30 Prozent,

Tabelle B 1

Tabelle A 2

in der Spitze über 40 Prozent. Die Unionsparteien haben zurzeit ein weites Potential von 36 Prozent, die Grünen von 33 Prozent. Dabei haben SPD und Grüne bei Wahlen ihr Potential bisher in der Regel weniger ausschöpfen können als die Unionsparteien.

Parallel zur Schrumpfung des Potentials der SPD ist die Überzeugung zurückgegangen, dass das Land die Sozialdemokraten braucht.

Schaubild 1

Vor gut 10 Jahren waren davon 60 Prozent überzeugt, aktuell noch 47 Prozent. Gegenläufig ist der Kreis derjenigen, der die SPD für entbehrlich hält, von 17 auf 30 Prozent angewachsen. Der Wert der sozialdemokratischen Partei wird im Osten geringer eingeschätzt als im Westen, in der jungen Generation weitaus geringer als in der mittleren und vor allem der älteren Generation. 55 Prozent der 60-Jährigen und Älteren halten die SPD im politischen Spektrum der Republik für unverzichtbar, dagegen nur jeder Dritte unter 30-Jährige. Der Wert der Grünen wird mittlerweile höher eingeschätzt als der der SPD, besonders von der jungen Generation.

Tabelle A 3

Trotzdem werden die Grünen bisher nicht von der Mehrheit als die neue Volkspartei gesehen, die an die Stelle der SPD tritt. Für die Mehrheit sind nach wie vor die CDU/CSU und die SPD die Volksparteien. 57 Prozent sehen die Unionsparteien, 51 Prozent die SPD als Volksparteien, nur 31 Prozent die Grünen. Am wenigsten ist die AfD für die Bürger eine Volkspartei: ganze 9 Prozent sehen in dieser

Schaubild 2

Partei eine Volkspartei, in Ostdeutschland 15 Prozent. Tabelle A 4

Auch wenn die Einschätzung schwächer geworden ist, dass die SPD im politischen Spektrum des Landes unverzichtbar ist, hält die Mehrheit es für wichtig, dass die Partei sich wieder erholt. 53 Prozent sind überzeugt, dass die politische Entwicklung Deutschlands auch davon abhängt, dass die Sozialdemokraten wieder stärker werden, nur 26 Prozent halten dies für unwichtig. In den politisch interessierten Bevölkerungskreisen halten 62 Prozent eine Erholung der SPD für wichtig. Schaubild 3

Zurzeit geht allerdings nur eine Minderheit davon aus, dass sich die Sozialdemokraten in absehbarer Zeit erholen werden. 23 Prozent sind hier optimistisch, von den Anhängern der SPD 56 Prozent; 40 Prozent der Bürger halten eine Erholung für unwahrscheinlich. Setzt man jedoch die Prämisse, dass die Partei gute Leute und ein überzeugendes Programm anbieten kann, werden ihre Erholungschancen deutlich günstiger eingeschätzt: In diesem Fall trauen ihr 42 Prozent der Bevölkerung und 76 Prozent der eigenen Anhänger schon in absehbarer Zeit eine Erholung zu; nur 27 Prozent der Bürger halten auch unter solchen günstigen Bedingungen eine Erholung für unwahrscheinlich. Schaubild 4

Die Sozialdemokraten selbst würden vermutlich argumentieren, dass ihr Programm bereits heute durchaus stimmig und attraktiv ist. Sie

haben in dieser wie auch in der vorherigen großen Koalition vieles durchsetzen können, das von der großen Mehrheit der Bürger für richtig und wichtig gehalten wurde, von der Einführung und Erhöhung von Mindestlöhnen über die Erschwerung der Befristung von Arbeitsverträgen, die vorläufige Festschreibung des Rentenniveaus bis hin zur Rentenaufstockung für Geringverdiener. Alle diese Beschlüsse fanden breite Zustimmung und wurden auch der SPD zugerechnet.

Die Vorstellungen der Bürger, wofür die SPD steht, sind auch in hohem Maße von ihrer Politik der letzten Jahre geprägt. So sieht die große Mehrheit die SPD als Anwalt höherer Mindestlöhne, von einer finanziellen Besserstellung von Rentnern, die nur über eine geringe Rente verfügen, der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, dem Ausbau des Sozialstaates und generell als Anwalt sozialer Gerechtigkeit. 73 Prozent der Bürger assoziieren mit den Sozialdemokraten das Ziel höherer Mindestlöhne, 63 Prozent die Besserstellung von Rentnern mit geringen Renten, 53 Prozent generell den Ausbau des Sozialstaates; für 62 Prozent ist die SPD ein Anwalt sozialer Gerechtigkeit. Diese Agenda wird auch von der überwältigenden Mehrheit gutgeheißen. Wenn die Bürger umreißen, was die wichtigsten Ziele der SPD sein müssen, nennen sie ebenfalls vor allem soziale Gerechtigkeit, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die finanzielle Besserstellung von Rentnern mit geringen

Schaubild 5

Renten und höhere Mindestlöhne.

Angesichts dieser Übereinstimmung von inhaltlichen Erwartungen an die Partei und dem ihr zugeschriebenen Zielprofil scheint zunächst schwer erklärlich, warum sie derart an Popularität eingebüßt hat. Das Erklärungsmuster der Partei selbst, dass dies nur ihrer Beteiligung an der großen Koalition geschuldet sei, scheint wenig überzeugend, berücksichtigt man, wieviel die Partei von ihren Zielen durchsetzen konnte und wie aufmerksam dies die Bürger auch durchaus registriert haben. Auch die oft zu hörenden Thesen, die sozialdemokratische Agenda sei überholt und ihre klassische Klientel, die Arbeiterschaft, schrumpfe kontinuierlich, greifen zu kurz. Wäre die SPD ausschließlich auf die Stimmen von Arbeitern angewiesen, hätte sie schon in den 70er Jahren und besonders Ende der 90er Jahre keine Chancen gehabt, eine Wahl zu gewinnen. Es ist bemerkenswert, wie wenig die SPD selbst diesen fatalistischen Erklärungsansätzen widerspricht und den Anspruch erhebt, nicht enggeführt Arbeiterpartei, sondern Arbeitnehmerpartei zu sein.

Die Frage ist jedoch, wieweit dieser Anspruch das Selbstverständnis der Partei heute prägt. Kaum jemand wird ihr Engagement für sozial Schwächere bestreiten. Aber das kann nur Teil einer sozialdemokratischen Agenda sein, mit der sich größere Teile der Bevölkerung identifizieren. Die Bürger haben mittlerweile den Eindruck, dass sich die SPD mehr für Arbeitslose als für Arbeitnehmer einsetzt, stärker auf Unterstützungsbedürftige ausgerichtet ist als

Tabelle A 5

auf diejenigen, die die Verteilungsspielräume erwirtschaften.

Die Ablehnung von Steuererleichterungen verstärkt diesen Eindruck. Auf diesem Feld fallen die Erwartungen an die Partei und ihr Zielprofil deutlich auseinander. 67 Prozent der Bürger zählen Steuerentlastungen für Arbeitnehmer zu den wichtigsten Zielen einer sozialdemokratischen Agenda; nur 44 Prozent haben den Eindruck, dass die SPD dieses Ziel überhaupt verfolgt. Noch größer ist die Diskrepanz bei der Forderung, dass Leistung sich lohnen muss. 52 Prozent sehen darin ein klassisch sozialdemokratisches Anliegen, ganze 23 Prozent attestieren der SPD, dass sie sich dafür einsetzt.

Schaubild 5

Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente. Die überwältigende Mehrheit hält leistungsbezogen auch größere Unterschiede bei Löhnen und Gehältern für gerecht, genauso einen deutlichen Abstand zwischen Erwerbs- und Unterstützungseinkommen. So bewerten 72 Prozent es als gerecht, wenn Arbeitslose deutlich geringere Einkünfte haben als Erwerbstätige. Die Mehrheit stuft auch größere Unterschiede bei den Alterseinkünften abhängig von den Beiträgen und Vorsorgemaßnahmen als gerecht ein. Die große Mehrheit unterstützt zwar die Aufbesserung von kleinen Renten nach langer Berufstätigkeit, votiert aber für eine Bedürftigkeitsprüfung und unterscheidet damit zwischen Rentenansprüchen und sozialer Unterstützungsleistung. Von den

Schaubild 6

Tabelle A 6

Anhängern der SPD befürworten knapp zwei Drittel eine Einkommensprüfung bei potentiellen Empfängern der Rentenaufstockung.

Der ausgeprägten Leistungskomponente des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung wird von der SPD zu wenig Rechnung getragen wie auch ihrem Sicherheitsbedürfnis. Auch hier ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Bürger, wie eine sozialdemokratische Agenda aussehen sollte und wie sie heute wahrgenommen wird, auffallend groß. Die Mehrheit der Bevölkerung, die überwältigende Mehrheit der SPD-Anhänger halten Kriminalitätsbekämpfung und generell innere Sicherheit für ein zentrales Anliegen auch einer sozialdemokratischen Partei. Nur knapp 20 Prozent haben heute den Eindruck, dass die SPD diesem Politikfeld große Bedeutung bemisst.

Tabelle A 7

Schaubild 5

Noch kritischer fällt das Urteil über die Zukunftszugewandtheit und -kompetenz der Partei aus. Lediglich 12 Prozent attestieren ihr überzeugende Konzepte, die sicherstellen können, dass es den Menschen in diesem Land auf längere Sicht gut geht. Ganze 8 Prozent haben den Eindruck, dass die Partei vorausdenkt, Politik für die Zukunft konzipiert und macht. Eine optimistische Ausstrahlung verbinden heute knapp 6 Prozent mit der SPD. Im direkten Vergleich wird vor allem den Unionsparteien, aber auch den Grünen weitaus eher zugeutraut, die Herausforderungen der Zukunft zu

Tabelle A 8

Tabelle A 9

bewältigen, als der SPD.

Bei Wahlen entscheiden die Wahlen primär zukunftsorientiert. Der Wähler bedankt sich nicht für Gesetze und Regelungen der vergangenen Legislaturperiode, auch wenn die Beschlüsse für richtig und sinnvoll gehalten werden. Unzufriedenheit schlägt sich dagegen im Wahlverhalten weitaus eher nieder. Die Arbeit der großen Koalition wird insgesamt wesentlich kritischer eingeschätzt als ihre konkreten Beschlüsse, von denen viele von der überwältigenden Mehrheit positiv bewertet werden. Das stete Infragestellen der großen Koalition durch die SPD hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Mehrheit den Eindruck hat, dass diese Koalition nicht funktioniert und schlechter ist, als die Bürger es selbst bei der detaillierten Bewertung der Arbeitsbilanz einschätzen.

Über ihrer permanenten Selbstkritik und Unzufriedenheit hat die SPD an Vertrauen verloren, dass sie willens und fähig ist, Zukunft zu gestalten. So ernst gerade die deutsche Gesellschaft die Verantwortung für sozial Schwächere nimmt, so wenig wird man sie überzeugen können, dass primär auf diesem Feld über die Zukunft des Landes entschieden wird. Die Bevölkerung unterstützt quer durch alle Schichten einen effektiven Sozialstaat, weiß aber, dass die Ressourcen für seine Finanzierung auf Wettbewerbsfähigkeit, Leistung und Bildung gründen. Über die Zukunft der SPD wird ganz wesentlich entscheiden, ob ihr wieder verstärkt zugetraut wird, sich umfassend mit den Herausforderungen der Zukunft auseinanderzusetzen.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1273
Befragungszeitraum:	9.01. - 22.01.2020
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Eindruck von Zerstrittenheit zwar abgeschwächt, aber dominierend

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass die SPD im Großen und Ganzen einig oder zerstritten ist?"

	Bevölkerung insgesamt		Anhänger der SPD
	Sept. 2019	Januar 2020	
	%	%	%
Einig	9	13	36
Zerstritten	62	54	38
Unmöglich zu sagen	29	33	26
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12008, 12014

FRAGE: "Welche Partei oder welche Parteien kämen für Sie bei der nächsten Bundestagswahl in Frage, welche könnten Sie sich vorstellen zu wählen?"

	Wahlberechtigte insgesamt
	%
CDU/CSU	36
Bündnis 90/Die Grünen	33
SPD	20
Die Linke.....	15
FDP	13
AfD.....	12
Andere Partei.....	5
Keine Partei	5
Unentschieden, weiß nicht	10

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12014, Januar 2020

Brauchen wir die SPD? Die Grünen?

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland die SPD, oder geht es auch ohne?"

	Bev. insg.	West	Ost	Altersgruppen		
				16-29 Jahre	30-59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%
Brauchen SPD.....	47	49	39	33	46	55
Geht auch ohne SPD	30	29	31	32	31	26
Unentschieden	23	18	30	35	23	19
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

FRAGE: "Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland die Grünen, oder geht es auch ohne?"

	Bev. insg.	West	Ost	Altersgruppen		
				16-29 Jahre	30-59 Jahre	60 Jahre und älter
	%	%	%	%	%	%
Brauchen Grüne	49	53	35	50	52	46
Geht auch ohne Grüne	30	29	35	24	28	36
Unentschieden	21	18	30	26	20	18
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11099, 12014

Auch in Ostdeutschland gilt die AfD nur für wenige als Volkspartei

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was würden Sie sagen: Welche Parteien in Deutschland sind für Sie Volksparteien?"

Auszug aus den Vorgaben

	Bevölkerung insgesamt	West	Ost
	%	%	%
Die AfD	9	8.....	15

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12014, Januar 2020

Personengruppen, für die sich die SPD
besonders einsetzt

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste stehen verschiedene Personengruppen. Wie ist Ihr Eindruck: Für welche dieser Gruppen setzt sich die SPD derzeit besonders ein?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Rentner mit geringen Renten	48
Familien mit Kindern	43
Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger	40
Berufstätige mit sehr geringem Einkommen	39
Kinder aus sozial schwachen Familien	38
Arbeitnehmer	35
Alleinerziehende	28
Ausländer, die nicht ausreichend integriert sind	21
Beamte	6
Besserverdienende	6
Selbständige	3
Für keine davon	18

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12014, Januar 2020

Rentenansprüche und Bedürftigkeitsprüfung

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Die Bundesregierung hat im Bereich Rente einige Maßnahmen geplant oder bereits umgesetzt. Ich lese Ihnen nur einige dieser Maßnahmen vor, und Sie sagen mir bitte jeweils, ob Sie diese Maßnahmen für sinnvoll oder für nicht sinnvoll halten."

Bevölkerung
insgesamt
%

Sinnvolle Maßnahmen
- Auszug aus den Vorgaben -

"Die Grundsicherung soll im Alter um 10 Prozent aufgestockt werden, wenn man mindestens 35 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt hat, aber weniger als rund 850 Euro Rente bekommt."80

FRAGE: "Darüber hinaus ist vorgeschlagen worden, dass eine solche Aufstockung der Rente ohne sogenannte Bedürftigkeitsprüfung ausbezahlt werden soll, also ohne dass geprüft wird, ob z.B. der Partner eine hohe Rente bekommt und ob man über weitere Einkünfte oder Vermögen verfügt. Finden Sie es richtig, dass die finanziellen Verhältnisse nicht überprüft werden sollen, oder finden Sie das nicht richtig?"

	Bevölkerung insgesamt %	Anhänger der SPD %
Richtig	23	23
Nicht richtig	65	65
Unentschieden	12	12
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12004

Innere Sicherheit ist wichtiges Thema für die Anhänger

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was meinen Sie: Wofür sollte sich die SPD besonders einsetzen? Was müssten die wichtigsten Ziele der SPD sein? Bitte legen Sie die entsprechenden Karten heraus. (Kartenspielvorlage)"

	Bevölkerung insgesamt	Anhänger der SPD
	%	%
<u>Auszug aus den Vorgaben</u>		
Sicherheit, Bekämpfung der Kriminalität	53.....	67

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12014, Januar 2020

FRAGE: "Auf dieser Liste haben wir einige Aussagen notiert, die uns zu den Parteien hier in Deutschland gemacht wurden. Bitte denken Sie jetzt nur an die SPD und sagen mir zu jeder Eigenschaft, ob diese Ihrer Meinung nach auf die SPD zutrifft. Sagen Sie mir bitte jeweils nur die Nummer, die vor der Aussage steht." (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Verspricht vieles, was sie nicht halten kann	56
Keine klare Linie in ihrer Politik	48
Redet oft an den wirklichen Sorgen und Wünschen der Bevölkerung vorbei	45
Kümmert sich zu wenig um ihre Stammwähler	40
Hält sich nicht an ihre Grundsätze, Prinzipien	39
Hat einige Politiker, die mir ausgesprochen unsympathisch sind	38
Ist eine große, mitgliederstarke Partei	31
Betreibt eine Politik der Mitte	26
Überholt, Politik von gestern	26
Ist eine bedeutende Partei	24
Kann man wählen, gleichgültig, welchem Beruf oder welcher Gesellschaftsschicht man angehört	22
Thematisch breit aufgestellt, hat zu allen wichtigen Fragen eine Position	21
Hat gute Konzepte, dass es den Menschen in Deutschland auf lange Sicht gut geht	12
Hat Politiker, denen man vertrauen kann	12
Hat ausgesprochen fähige Politiker	11
Eine Partei, in der man noch Idealisten findet	11
Denkt voraus, macht Politik für die Zukunft	8
Strahlt Optimismus, Zuversicht aus	6
Mit dieser Partei geht es aufwärts	3
WeiÙ nicht	11

Zukunftskompetenz der Parteien

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie einmal an die Zukunft in unserem Land denken, welche Probleme noch auf uns zukommen werden und welche politischen Aufgaben zu bewältigen sind: Welche Partei bzw. welche Parteien könnten das noch am ehesten schaffen, welcher Partei bzw. welchen Parteien trauen Sie noch am ehesten zu, die Probleme und Aufgaben zu bewältigen?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
CDU/CSU.....	39
Die Grünen.....	28
SPD.....	19
FDP.....	10
Die Linke	10
AfD	10
Andere Partei	2
Keine Partei	10
Unentscheiden, weiß nicht.....	19

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12013/6154

Zweitstimmen

Gesamtdeutschland

	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl							
27.9.2009	33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009: Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010: Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011: Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012: Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
Bundestagswahl							
22.9.2013	41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2013: Jahresdurchschnitt	39,5	5,5	26,0	12,5	7,5	-	9,0
2014: Jahresdurchschnitt	40,5	4,0	26,0	10,0	8,5	6,0	5,0
2015: Jahresdurchschnitt	40,0	5,0	26,0	10,0	9,0	5,5	4,5
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	4,5
Bundestagswahl							
24.9.2017	32,9	10,7	20,5	8,9	9,2	12,6	5,2
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	4,0
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	4,0
2019: 5. - 17. Januar	31,5	8,5	16,5	18,0	8,5	13,0	4,0
1. - 13. Februar	30,0	8,0	18,0	18,5	8,0	13,5	4,0
7. - 21. März	30,0	8,5	18,0	19,0	8,5	12,0	4,0
1. - 12. April	30,0	9,0	18,5	18,0	8,0	12,5	4,0
3. - 16. Mai	30,0	9,0	17,5	17,0	8,5	13,0	5,0
1. - 12. Juni	29,0	8,0	12,0	25,0	8,0	12,0	6,0
1. - 11. Juli	29,5	7,0	14,5	23,0	8,5	11,5	6,0
2. - 15. August	29,5	7,0	13,5	24,0	8,0	12,5	5,5
1. - 12. September	29,0	7,0	15,0	22,0	8,0	14,0	5,0
27. Sept.-10. Okt.	29,5	6,5	16,0	23,5	7,0	13,0	4,5
2. - 13. November	29,5	7,5	14,0	21,5	8,0	14,5	5,0
1. - 11. Dezember	28,5	7,0	15,0	21,0	8,5	15,0	5,0
2020: 9. - 22. Januar	28,5	8,0	14,0	23,5	8,0	13,0	5,0

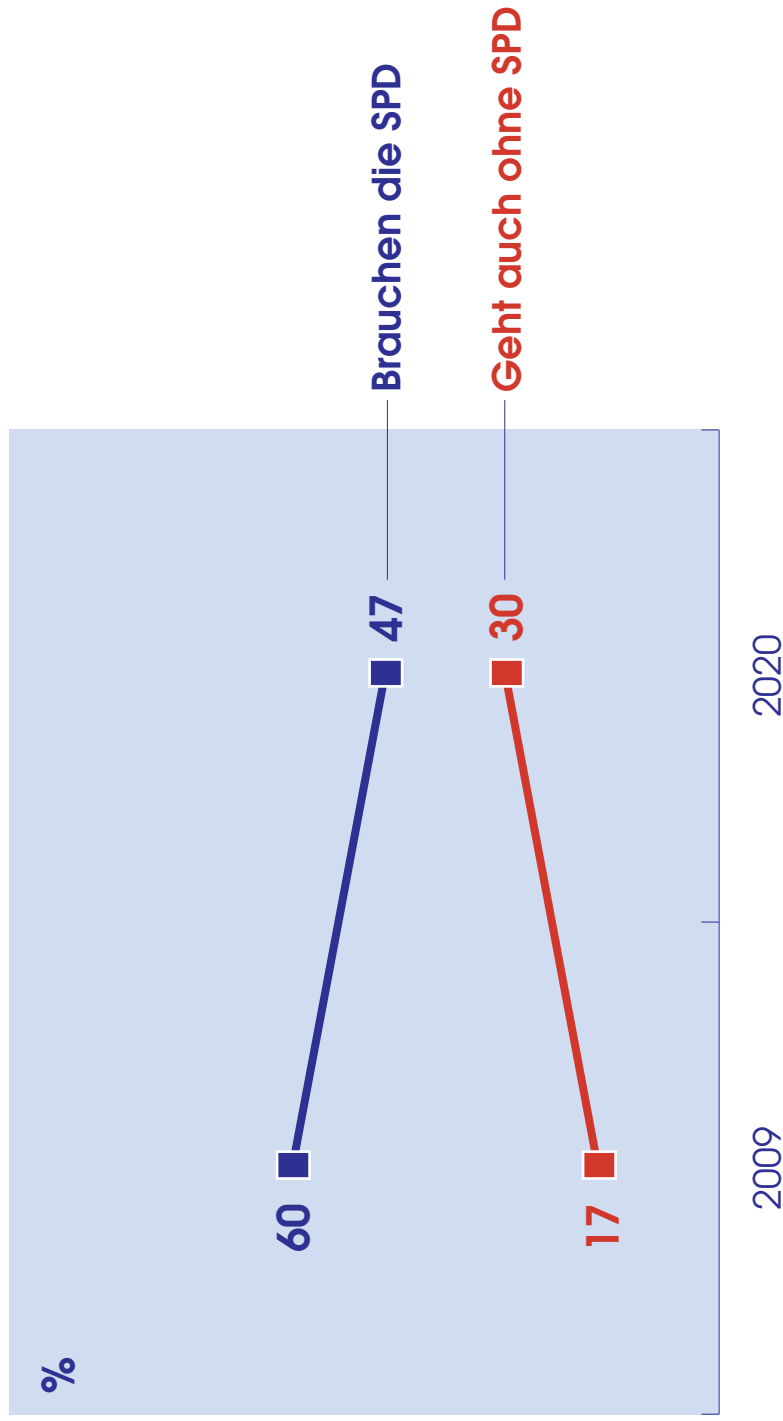
Befragt wurden insgesamt 1.273 Personen

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, IfD-Umfrage 12014

Schaubilder

Notwendige Sozialdemokraten

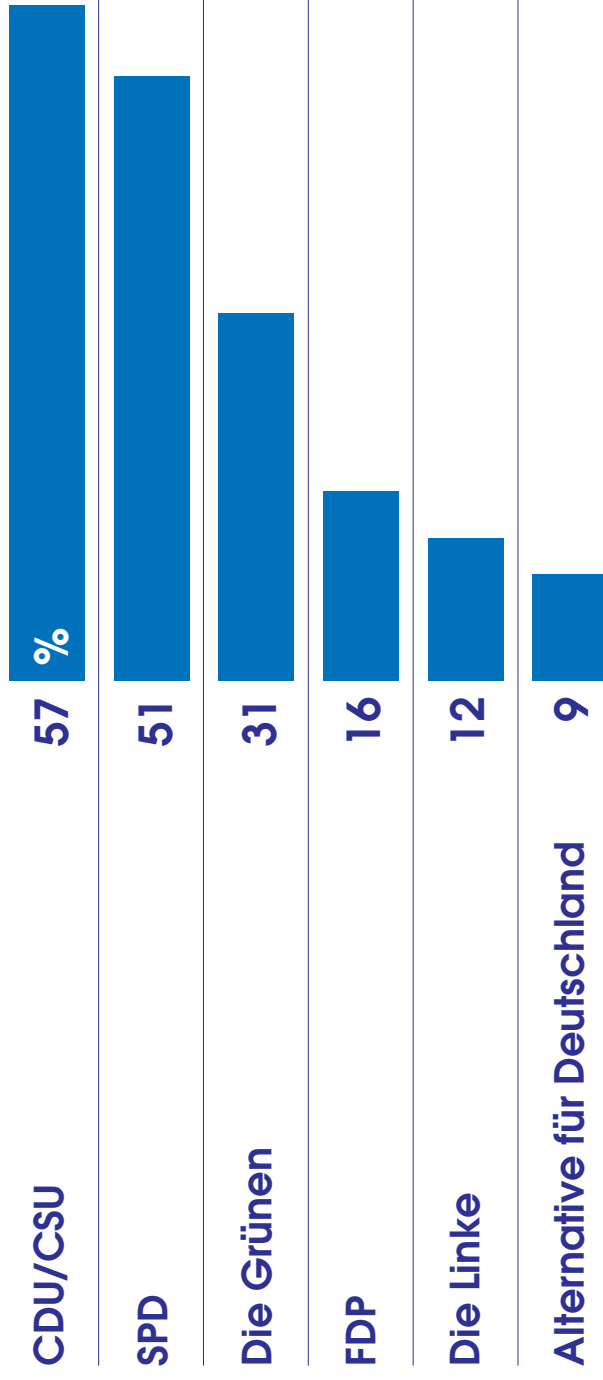
Frage: "Glauben Sie, wir brauchen in Deutschland die SPD, oder geht es auch ohne?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 10035, 12014

Volksparteien: aus Sicht der Bürger nach wie vor CDU/CSU und SPD

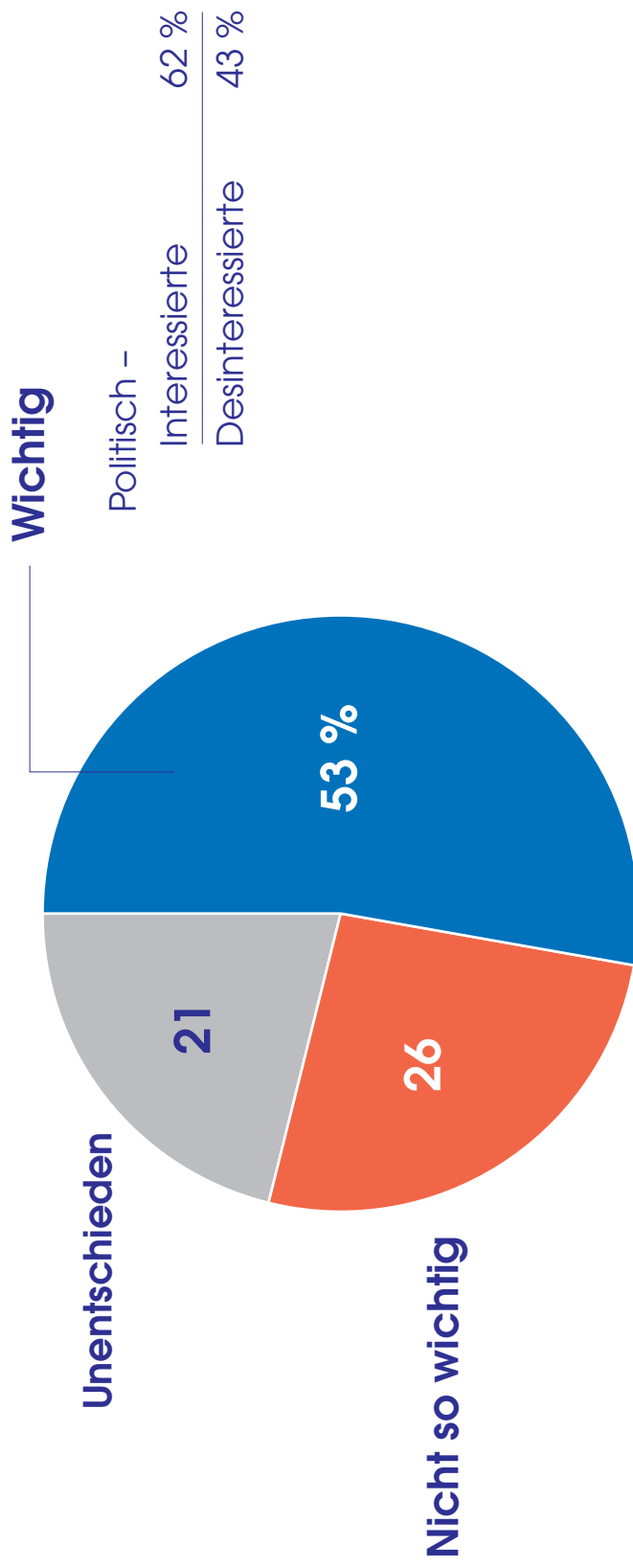
Frage: "Was würden Sie sagen: Welche Parteien in Deutschland sind für Sie Volksparteien?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12014

Für eine Stärkung der SPD

Frage: "Finden Sie es für die politische Entwicklung in Deutschland wichtig, dass die SPD sich wieder erholt und wieder stärker wird, oder finden Sie das nicht wichtig?"



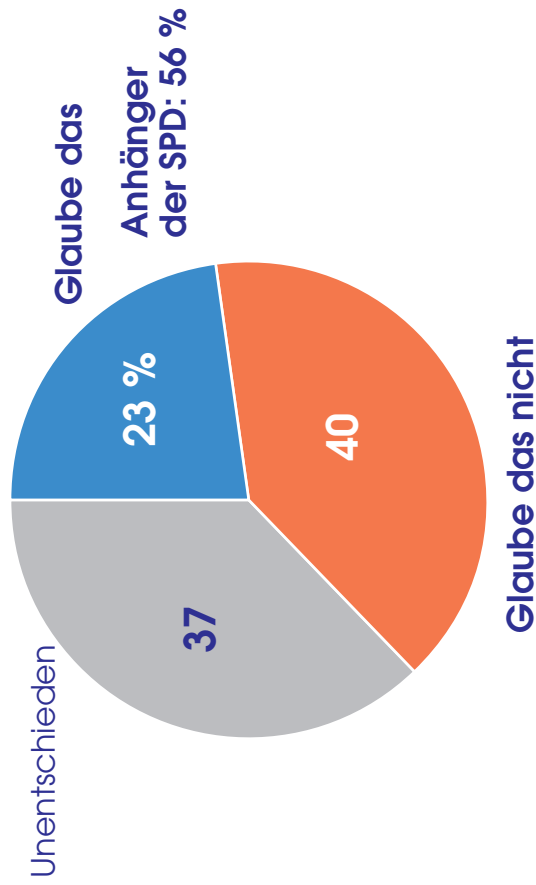
Erholungschancen

Fragen: "Und glauben Sie, dass sich die SPD wieder erholt und in absehbarer Zeit wieder stärker wird, oder glauben Sie das nicht?"

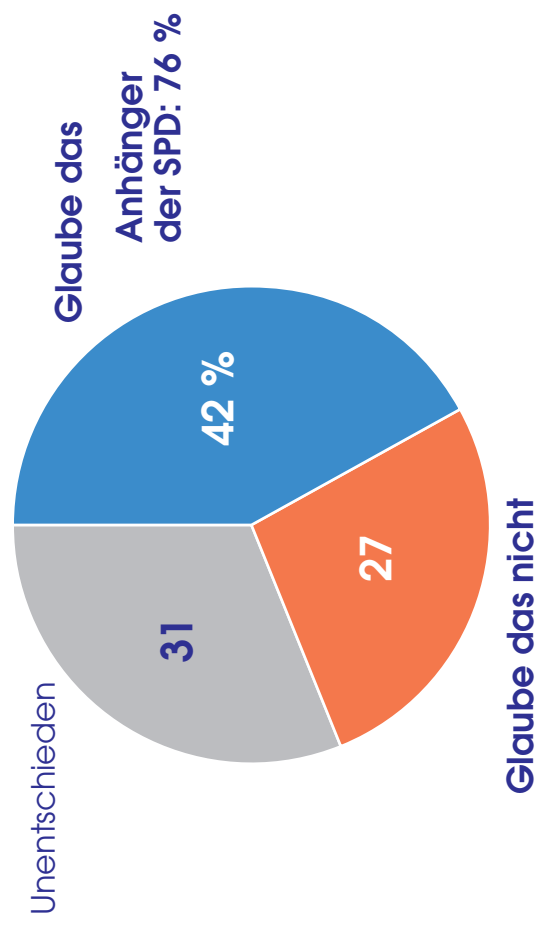
"Und glauben Sie, dass sich die SPD wieder erholt und in absehbarer Zeit wieder stärker wird, wenn sie gute Leute und ein überzeugendes Programm hat, oder glauben Sie das nicht?"

Einschätzung der Erholungschancen der SPD -

allgemein



mit überzeugendem Programm und guten Leuten



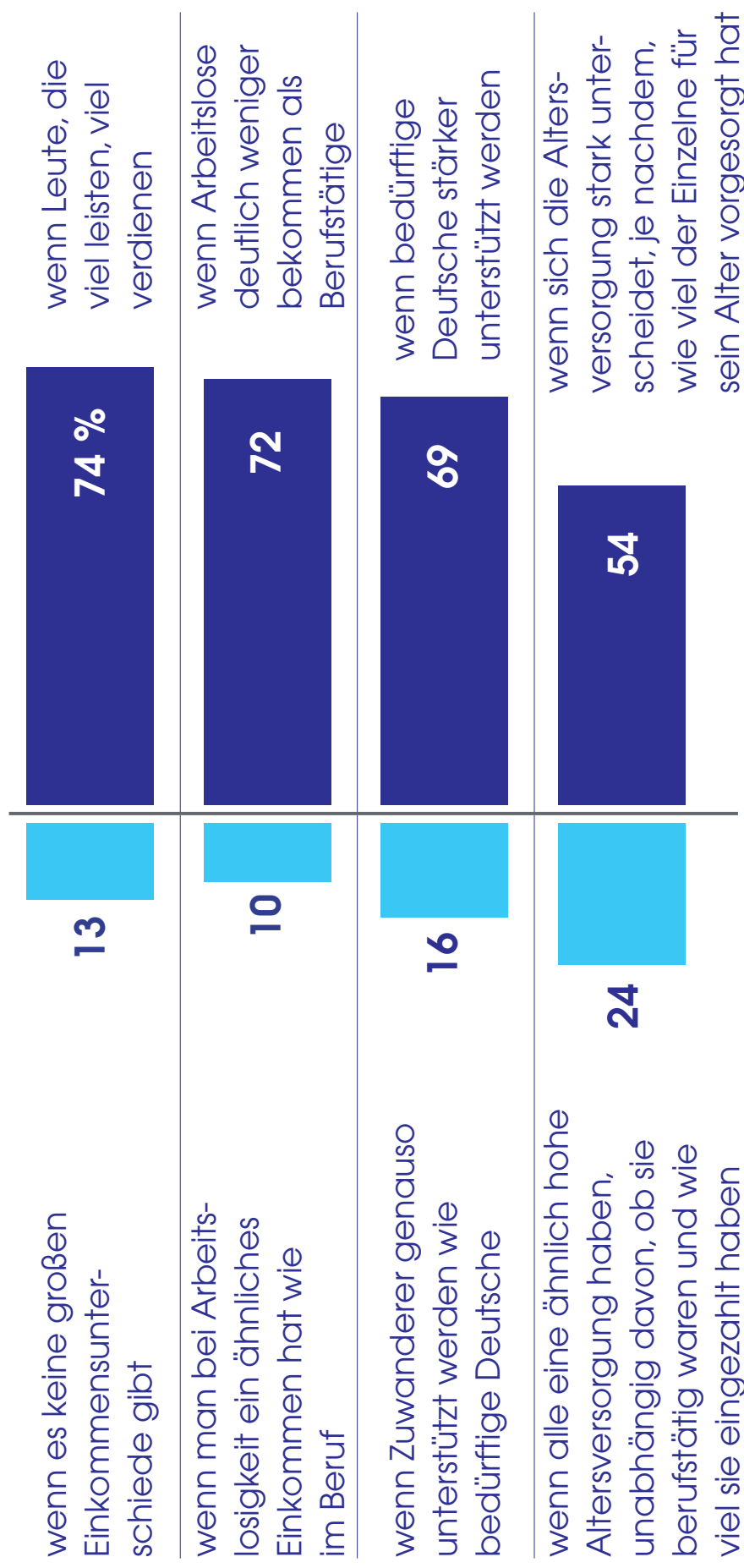
Die Agenda der SPD - Kluft zwischen Erwartungen und Wahrnehmung

	Dafür sollte sich die SPD einsetzen	Dafür setzt sie sich ein
	%	%
Für soziale Gerechtigkeit	83	62
Für sozialen Wohnungsbau	72	54
Für die Besserstellung von Rentnern mit geringen Renten	72	63
Für höhere Mindestlöhne	67	73
Für Steuerentlastungen für Arbeitnehmer	67	44
Für einen Ausbau des Sozialstaats	57	53
Innere Sicherheit	53	20
Dass Leistung sich lohnt	52	23
Für mehr Klimaschutz	51	31

- Auszug -

Für Differenzierung nach Leistung

Gerecht ist, -



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 24
vom 29. Januar 2020, S.8, unter dem Titel:

"Zu enger Fokus der SPD. Die Bürger vermissen
Leistungs- und Zukunftsorientierung."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Zu enger Fokus der SPD

Die Hoffnung von Teilen der SPD, durch die basisdemokratische und langwierige Entscheidung über ihre neue Führungsspitze Rückenwind zu bekommen, hat sich nicht erfüllt. Zwar bildet sich bei den Bürgern allmählich der Eindruck einer heillos zerstrittenen Partei zurück; im September waren davon noch 62 Prozent überzeugt, aktuell noch 54 Prozent. Als wirklich geschlossene und handlungsfähige politische Formation werden die Sozialdemokraten jedoch nur von 13 Prozent empfunden, und auch nur von 36 Prozent ihrer eigenen Anhänger.

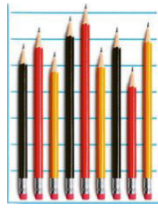
Die Zweitstimmenergebnisse zugunsten der SPD stagnieren bei 14 Prozent. Ihr Potential ist groß, aber dennoch auf dem niedrigsten Stand der letzten Jahrzehnte: für 20 Prozent der Wahlberechtigten kommt die SPD bei der nächsten Bundestagswahl grundsätzlich in Frage. In den letzten Jahrzehnten lag ihr weites Potential meist über 30 Prozent, in der Spitze über 40 Prozent. Die Unionsparteien haben zurzeit ein weites Potential von 36 Prozent, die Grünen von 33 Prozent. Dabei haben SPD und Grüne bei Wahlen ihr Potential bisher weniger ausschöpfen können als die Union.

Parallel zur Schrumpfung des Potentials der SPD ist die Überzeugung zurückgegangen, dass das Land die Sozialdemokraten braucht. Vor gut zehn Jahren waren davon 60 Prozent überzeugt, aktuell noch 47 Prozent. Gegenläufig ist der Kreis derjenigen, die die SPD für entbehrlich hält, von 17 auf 30 Prozent angewachsen. Der Wert der SPD wird im Osten geringer eingeschätzt als im Westen, in der jungen Generation weitaus geringer als in der mittleren und vor allem der älteren Generation. 55 Prozent der 60-Jährigen und Älteren halten die SPD im politischen Spektrum der Republik für unverzichtbar, dagegen nur jeder Dritte unter den 30-Jährigen. Der Wert der Grünen wird mittlerweile höher eingeschätzt als der der SPD, besonders von der jungen Generation.

Trotzdem werden die Grünen bisher nicht von der Mehrheit als die neue Volkspartei gesehen, die an die Stelle der SPD tritt. Für die Mehrheit sind nach wie vor die CDU/CSU und die SPD die Volksparteien. 57 Prozent sehen die Unionsparteien, 51 Prozent die SPD als Volksparteien, nur 31 Prozent die Grünen. Am wenigsten ist die AfD für die Bürger eine Volkspartei: Ganze neun Prozent sehen in ihr eine Volkspartei, in Ostdeutschland 15 Prozent. Auch wenn die Einschätzung schwächer geworden ist, dass die SPD unverzichtbar ist, hält die Mehrheit es für wichtig, dass die Partei sich erholt. 53 Prozent sind überzeugt, dass die politische Entwicklung Deutschlands auch davon abhängt, dass die Sozialdemokraten wieder stärker werden, nur 26 Prozent halten dies für unwichtig. In den politisch interessierten Bevölkerungskreisen halten 62 Prozent eine Erholung der SPD für wichtig.

Zurzeit rechnet nur eine Minderheit damit, dass sich die Sozialdemokraten in absehbarer Zeit erholen werden. 23 Prozent sind hier optimistisch, von den Anhängern der SPD 56 Prozent; 40 Prozent der Bürger halten eine Erholung für unwahrscheinlich. Setzt man jedoch die Prämisse, dass die Partei gute Leute und ein überzeugendes Programm aufbieten kann, werden ihre Erholungschancen deutlich günstiger eingeschätzt: In diesem Fall trauen ihr 42 Prozent der Bevölkerung und 76 Prozent der eigenen Anhänger schon in absehbarer Zeit eine Erholung zu; nur 27 Prozent der Bürger halten auch unter solchen günstigen Bedingungen eine Erholung für unwahrscheinlich. Die Sozialdemokraten selbst würden vermutlich argumentieren, dass ihr Programm bereits heute attraktiv ist. Sie haben vieles durchsetzen können, was von der großen Mehrheit für richtig und wichtig gehalten wurde, von der Einführung und Erhöhung von Mindestlöhnen über die Erschwerung der Befristung von Arbeitsverträgen, die Festschreibung des Rentenniveaus bis hin zur Rentenaufstockung für Geringverdienende. Alle diese Beschlüsse fanden breite Zustimmung und wurden auch der SPD zugerechnet.

Die Vorstellungen der Bürger, wofür die SPD steht, sind auch in hohem Maße von ihrer Politik der letzten Jahre geprägt. So sieht die große Mehrheit die SPD als An-



Die Bürger vermissen Leistungs- und Zukunftsorientierung.

Von Prof. Dr. Renate Köcher, Institut für Demoskopie Allensbach

walt höherer Mindestlöhne, von einer finanziellen Besserstellung von Rentnern, die nur über eine geringe Rente verfügen, der Förderung des sozialen Wohnungsbaus, des Ausbaus des Sozialstaates und generell als Anwalt sozialer Gerechtigkeit. 73 Prozent der Bürger verbinden mit den Sozialdemokraten das Ziel höherer Mindestlöhne, 63 Prozent die Besserstellung von Rentnern mit geringen Renten, 53 Prozent den Ausbau des Sozialstaates; für 62 Prozent ist die SPD ein Anwalt sozialer Gerechtigkeit. Diese Agenda wird auch von der überwältigenden Mehrheit gutgeheißen. Wenn die Bürger umreißen, was die wichtigsten Ziele der SPD sein müssen, nennen sie ebenfalls vor allem soziale Gerechtigkeit, die Förderung des sozialen Wohnungsbaus, die finanzielle Besserstellung von Rentnern mit geringen Renten und höhere Mindestlöhne.

Angesichts dieser Übereinstimmung von inhaltlichen Erwartungen an die Partei und dem ihr zugeschriebenen Zielprofil scheint zunächst schwer erklärlich, warum sie derart an Popularität eingebüßt hat. Das Erklärungsmuster der Partei selbst, dass dies nur ihrer Beteiligung an der großen Koalition geschuldet sei, scheint wenig überzeugend, berücksichtigt man, wie viel die Partei von ihren Zielen durchsetzen konnte und wie aufmerksam dies die Bür-

ger auch registriert haben. Auch die oft zu hörenden Thesen, die sozialdemokratische Agenda sei überholt und ihre klassische Klientel, die Arbeiterschaft, schrumpfe kontinuierlich, greifen zu kurz. Wäre die SPD ausschließlich auf die Stimmen von Arbeitern angewiesen, hätte sie schon in den siebziger Jahren und besonders Ende der neunziger Jahre keine Chancen gehabt, eine Wahl zu gewinnen. Es ist bemerkenswert, wie wenig die SPD selbst diesen fatalistischen Erklärungsansätzen widerspricht und den Anspruch erhebt, nicht Arbeiterpartei, sondern Arbeitnehmerpartei zu sein.

Die Frage ist jedoch, wieweit dieser Anspruch das Selbstverständnis der Partei heute prägt. Kaum jemand wird ihr Engagement für sozial Schwächere bestreiten. Aber das kann nur Teil einer sozialdemokratischen Agenda sein, mit der sich größere Teile der Bevölkerung identifizieren. Die Bürger haben mittlerweile den Eindruck, dass sich die SPD mehr für Arbeitslose als für Arbeitnehmer einsetzt, stärker auf Unterstützungsbedürftige ausgerichtet ist als auf diejenigen, die die Verteilungsspielräume erwirtschaften.

Die Ablehnung von Steuererleichterungen verstärkt diesen Eindruck. Auf diesem Feld fallen die Erwartungen an die Partei und ihr Zielprofil deutlich auseinander. 67 Prozent der Bürger zählen Steuerentlastun-

gen für Arbeitnehmer zu den wichtigsten Zielen einer sozialdemokratischen Agenda; nur 44 Prozent haben den Eindruck, dass die SPD dieses Ziel überhaupt verfolgt. Noch größer ist die Diskrepanz bei der Forderung, dass Leistung sich lohnen muss. 52 Prozent sehen darin ein klassisch sozialdemokratisches Anliegen, ganze 23 Prozent attestieren der SPD, dass sie sich dafür einsetzt.

Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente. Die überwältigende Mehrheit hält leistungsbezogen auch größere Unterschiede bei Löhnen und Gehältern für gerecht, genauso einen deutlichen Abstand zwischen Erwerbs- und Unterstützungseinkommen. So bewerten 72 Prozent es als gerecht, wenn Arbeitslose deutlich geringere Einkünfte haben als Erwerbstätige. Die Mehrheit stuft auch größere Unterschiede bei den Beiträge und Vorsorgemaßnahmen als gerecht ein. Die große Mehrheit unterstützt zwar die Aufbesserung von kleinen Renten nach langer Berufstätigkeit, votiert aber für eine Bedürftigkeitsprüfung und unterscheidet damit zwischen Rentenansprüchen und sozialer Unterstützungsleistung. Von den Anhängern der SPD befürworten knapp zwei Drittel eine Einkommensprüfung bei potentiellen Empfängern der Rentenaufstockung.

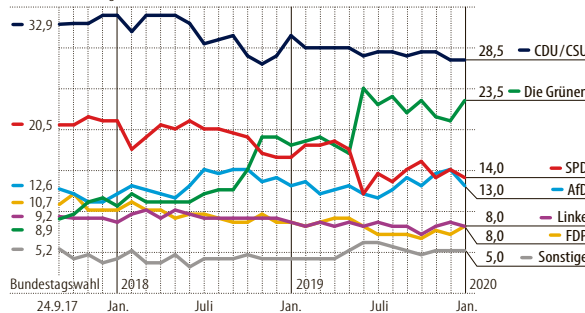
Der ausgeprägten Leistungskomponente des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung wird von der SPD zu wenig Rechnung getragen wie auch ihrem Sicherheitsbedürfnis. Auch hier ist die Diskrepanz zwischen den Vorstellungen der Bürger, wie eine sozialdemokratische Agenda aussehen sollte und wie sie heute wahrgenommen wird, auffallend groß. Die Mehrheit der Bevölkerung, die überwältigende Mehrheit der SPD-Anhänger halten Kriminalitätsbekämpfung und generell innere Sicherheit für ein zentrales Anliegen auch einer sozialdemokratischen Partei. Nur knapp 20 Prozent haben heute den Eindruck, dass die SPD diesem Politikfeld große Bedeutung beimisst.

Noch kritischer fällt das Urteil über die Zukunftsgegenwart und -kompetenz der Partei aus. Nur zwölf Prozent attestieren ihr überzeugende Konzepte, die sicherstellen können, dass es den Menschen auf längere Sicht gutgeht. Ganze acht Prozent haben den Eindruck, dass die Partei vor Augen, Politik für die Zukunft konzipiert und macht. Eine optimistische Ausstrahlung verbindet heute knapp sechs Prozent mit der SPD. Im Vergleich wird vor allem den Unionsparteien, aber auch den Grünen weitaus eher zugeutraut, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Bei Wahlen entscheiden die Wähler primär zukunftsorientiert. Der Wähler bedankt sich nicht für Gesetze der vergangenen Legislaturperiode, auch wenn die Beschlüsse für richtig und sinnvoll gehalten werden. Unzufriedenheit schlägt sich dagegen im Wahlverhalten weitaus eher nieder. Die Arbeit der Koalition wird wesentlich kritischer eingeschätzt als ihre konkreten Beschlüsse, von denen viele von der überwältigenden Mehrheit positiv bewertet werden. Das stete Infragestellen der Koalition durch die SPD hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Mehrheit den Eindruck hat, dass diese Koalition nicht funktioniert und schlechter ist, als die Bürger es selbst bei der detaillierten Bewertung der Arbeitsbilanz einschätzen.

Über ihrer permanenten Selbstkritik und Unzufriedenheit hat die SPD an Vertrauen verloren, dass sie willens und fähig ist, Zukunft zu gestalten. So ernst gerade die deutsche Gesellschaft die Verantwortung für sozial Schwächere nimmt, so wenig wird man sie überzeugen können, dass primär auf diesem Feld über die Zukunft des Landes entschieden wird. Die Bevölkerung unterstützt zwar durch alle Schichten einen effektiven Sozialstaat, weiß aber, dass die Ressourcen für seine Finanzierung auf Wettbewerbsfähigkeit, Leistung und Bildung gründen. Über die Zukunft der SPD wird ganz wesentlich entschieden, ob ihr wieder verstärkt zugeutraut wird, sich mit den Herausforderungen der Zukunft auseinanderzusetzen.

Die Stärke der Parteien

Wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, welche Partei würden Sie wählen? (Zweitstimmenergebnisse in Prozent)



Quelle: Institut für Demoskopie Allensbach; jüngste Umfrage: 9. bis 22. Januar, 1273 Befragte. Gerundete Angaben. F.A.Z.-Grafik Walter

Wie steht es um die SPD?

